



Neue Herausforderungen in der Agrar- und Ernährungspolitik erkennen und konsequent handeln

Positionspapier der Agrar- und Ernährungspolitikerinnen und -politiker der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 14. September 2022

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, Einschränkungen im globalen Handel sowie Dürren und Trockenheit in weiten Teilen Europas und der Welt erfordern ein konsequentes Umdenken in der nationalen und europäischen Agrar- und Ernährungspolitik. Kern der Agrar- und Ernährungspolitik muss die Versorgung der Menschen mit ausreichend, qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln sein.

Für uns, die Agrar- und Ernährungspolitikern und -politiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gilt dabei, dass eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gemeinsam mit dem Klima- und Biodiversitätsschutz gedacht werden muss. Die einseitige Fokussierung der Bundesregierung auf die Extensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung, also auf die Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland, ist der falsche Weg und führt in der bereits angespannten Situation zu noch höheren Lebensmittelpreisen und zu Ernährungsunsicherheiten in der Welt.

Wir fordern daher:

1. Der Klimawandel und der Verlust an Biodiversität dürfen nicht gegen die Ernährungssicherung ausgespielt werden. Einseitige Ein- und Beschränkungen zu Lasten der Landwirtinnen und Landwirte müssen vermieden werden. Wir brauchen vielmehr ein Belastungsmoratorium und tragfähige wirtschaftliche Perspektiven für unsere hart arbeitenden Bauernfamilien.
2. Auf den begrenzten und durch Bodenversiegelung zunehmend reduzierten landwirtschaftlichen Flächen muss die Steigerung der Ressourceneffizienz im Mittelpunkt des politischen Handels stehen. Das heißt konkret: Wir müssen die knappen Güter Boden, Wasser, Energie und Arbeitskraft optimal für die nachhaltige Erzeugung hochwertiger Lebensmittel und Futtermittel nutzen. Gleiches gilt für die tierische Erzeugung.
3. Lebensmittel müssen für die Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar bleiben. Verzichtsratschläge und eine Bevormundung durch die Bundesregierung sind realitätsfern und falsch – und in Zeiten explodierender Lebensmittelpreise geradezu zynisch.
4. Es ist anzuerkennen, dass Landwirte in erster Linie selbständige und regional verwurzelte Unternehmer sind. Angebot und Nachfrage sowie eigenständige unternehmerische Entscheidungen sind die Leitlinien des unternehmerischen Handelns. Landwirte handeln verantwortungsbewusst im Sinne der guten fachlichen Praxis und dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Die Überführung von wesentlichen Teilen des Tierschutzrechts in das Strafrecht ist abzulehnen.

5. Es ist anzuerkennen, dass die Tierhaltung in Deutschland von wesentlicher Bedeutung für die Versorgungssicherheit und für eine ausgewogene Ernährung ist. Eine politische Steuerung des Verbrauchs von Getreide sowie des landwirtschaftlichen Anbaus hin zu einer pflanzenbasierten Ernährungsweise, wie von der Bundesregierung angedacht, führt in eine marktwirtschaftliche Sackgasse, entmündigt die Bürger und ist abzulehnen.
6. Die Bundesregierung muss für verlässliche Perspektiven für die landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland sorgen. Bundesfinanzminister Lindner und Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir müssen noch im Herbst 2022 einen tragfähigen Finanzierungsvorschlag zum Umbau der Nutztierhaltung vorlegen, der gleichzeitig mit der Modernisierung des Bau- und Immissionsschutzrechts umgesetzt werden muss. Die Planungsverfahren sind auch hier umfassend zu beschleunigen.
7. Die hohen Energiepreise und der eingeschränkte globale Handel führen zu einer Verteuerung und Verknappung von wichtigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, wie Mineraldünger, Pflanzenschutz- oder Futtermitteln. Diese sind unverzichtbar für eine ressourcenschonende und effiziente Landwirtschaft. Zudem belasten die hohen Energiepreise insbesondere die mittelständische Ernährungswirtschaft, wie Bäcker oder Metzger. Gleichzeitig bietet die Landwirtschaft mit der heimischen Bioenergie eine verlässliche und regelbare Energiequelle, deren Potential es verstärkt zu nutzen gilt. Die Bundesregierung muss endlich vorausschauend und langfristig planen und im nationalen sowie im europäischen Kontext eine zielführende Strategie zur langfristigen Sicherung von notwendigen agrarischen Betriebsmitteln und bezahlbaren Energiepreisen vorlegen.
8. Landdegradation, Verlust von Äckern, Wasserknappheit und Dürren bedrohen die Ernährungssicherheit. Wir brauchen daher eine Willkommenskultur für Innovationen in der Landwirtschaft. Dafür sind finanzielle Förderungen zwingend erforderlich. Die Chancen der Digitalisierung, des Smart Farmings und neuer Technologien müssen wir nutzen und den Landwirten zur Verfügung stellen. Der Weg für neue Züchtungsmethoden in der Landwirtschaft muss endlich in Brüssel und in Berlin frei gemacht werden.
9. Pauschale Verbote und Einschränkungen von Pflanzenschutzmitteln, die auf keiner wissenschaftlichen Grundlage beruhen und ohne Folgenabschätzungen vorgenommen wurden, sind kategorisch abzulehnen. Die Unterstellung, dass Landwirte in Zeiten massiver Verteuerungen Pflanzenschutzmittel in unnötigen Mengen zum Einsatz bringen, ist absurd.
10. Die Bundesregierung darf Deutschland in Europa mit ihren ideologischen agrarpolitischen Vorstellungen nicht weiter isolieren. Die Diskussion um die Aussetzung der vierprozentigen Stilllegungspflicht von Ackerflächen

hat gezeigt, wie lange sich dringend notwendige Entscheidungen hinziehen, wenn die Bundesregierung nicht mehr als europäischer Motor, sondern als Bremser agiert und wahrgenommen wird.

11. Den Erhalt und die Förderung unserer heimischen Fischerei an den Küsten der Nord- und Ostsee sowie an den Binnengewässern, einschließlich Teichwirtschaften und modernen Aquakulturbetrieben gilt es sicherzustellen. Diese sind ein unverzichtbarer Lieferant gesunder und hochwertiger Nahrungsmittel. Eine weitsichtige Politik muss daher ein Gleichgewicht zwischen ökologischer und gleichzeitig sozial-ökonomischer Nachhaltigkeit schaffen und so langfristig die Versorgung mit hochwertigen Fischereierzeugnissen sichern.